

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorrück 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. — **Reklame-Kolonelleise 7.50 M.** — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Gegen Ausnahmezustand und -Gerichte. Amnestieantrag der USP.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag drei scharfe Anträge eingebracht. Der erste fordert die Aufhebung der Ausnahmezustände über Groß-Sachsen und die Provinz Sachsen. Der dritte Antrag enthält einen Gesetzentwurf über den Erlass einer Amnestie, dessen erster Paragraph lautet: Für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes aus politischen Beweggründen verübt worden sind, wird Straffreiheit gewährt. Straffrei sind insbesondere Handlungen, die mit den Unruhen im Zusammenhang stehen, die 1919 in Bayern und im März 1921 in verschiedenen deutschen Landesteilen stattgefunden haben. Der zweite Paragraph lautet: Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen nicht vollstreckt, die anhängigen Verfahren eingestellt und neue nicht eingeleitet.

### Rechtssozialisten und Sinnespartei.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Stegerwald ist die Umbildung der preussischen Regierung auf die Zeit nach Pfingsten verschoben worden. Wie unser Berliner Korrespondent dazu erfährt, werden von der Deutschen Volkspartei, wie vom Zentrum und den Demokraten keine enge politische Koalitionen gemacht, um in Preußen sowohl wie im Reich eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Rechtssozialisten herzustellen. In der rechtssozialistischen Landtagsfraktion steht man nach wie vor dieser Kombination äußerst ablehnend gegenüber, und ihre Mehrheit dürfte auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei für sie nicht diskutabel ist. Anders liegen die Verhältnisse im Reichstag. Hier beginnt innerhalb der rechtssozialistischen Fraktion sich ein gewisser Stimmungsumschwung zu vollziehen. Man erklärt, daß die Durchführung des nun unterzeichneten Ultimatums nur möglich sein werde, wenn die Deutsche Volkspartei nicht in völliger Oppositionskellung zur Regierung stehe, sondern selbst an der Durchführung mitverantwortlich sei.

### Türkisch-afghanischer Vertrag.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Nach einer Meldung der Morningpost veröffentlicht die türkischen Blätter in Ankara den in Moskau zwischen Afghanistan und der Türkei abgeschlossenen Vertrag, in dem diese beiden Länder gegenseitig ihre Unabhängigkeit und ihr Selbstbestimmungsrecht anerkennen und sich beide auf den Boden des Selbstbestimmungsrechtes und der Unabhängigkeit für alle asiatischen Völker stellen. Afghanistan erkennt ausdrücklich die Anrechte der Türkei auf das Kaspische an. Ein Angriff gegen eine der beiden Vertragsparteien soll als gegen beide gerichtet angesehen werden. Die Verteidigung soll von beiden vertragsschließenden Parteien geführt werden. Bezüge, die eine der beiden Parteien mit einer dritten macht, müssen dem andern Teil mitgeteilt werden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Abmachungen unterliegen einer späteren Regelung. Die Türkei entsendet militärische Missionen nach Afghanistan, um zunächst für eine Dauer von fünf Jahren dort die Armee zu reorganisieren. Dieser Vertrag ist dadurch besonders bemerkenswert, daß er in Moskau abgeschlossen wurde.

### Nach der Annahme. Das Abstimmungsergebnis.

Berlin, 11. Mai. Nach der nunmehr erschienenen Abstimmungsliste sind bei der Entscheidung über die Annahme des Ultimatums 396 Stimmen abgegeben worden, von denen drei ungenügend waren. Von den gültigen Stimmen waren 220 Ja und 172 Nein. Ein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung (Der Zentrumsaabg. Bornefeld-Ettmann). Das Zentrum stimmte im übrigen geschlossen mit Ja, ebenso die sozialdemokratische Fraktion und die Unabhängigen. Die Deutsche nationale Volkspartei stimmte geschlossen mit Nein. Von der Deutschen Volkspartei stimmten mit Ja die Abgg. Dr. Heine, von Kardorff, Frau v. Rheinb., v. Raumer und Frau v. Rheinbaben. Die Deutsche demokratische Partei hat sich so ziemlich in zwei gleiche Teile gespalten. Mit Ja stimmten u. a. Graf Bernstorff, Dr. Böhme-Magdeburg, Dr. Bernburg, Dr. Gehler, Dr. Hieber, Dr. Koch, Dr. Bahndke, Dr. Petersen, Schiffer und Dr. Schücking. Von der Bayerischen Volkspartei stimmten mit Ja die Abgg. Wonschab und Schirmer. Die Welfen stimmten mit Nein.

### Die Vorbereitungen zum Vormarsch eingestellt.

Düsseldorf, 12. Mai. (T. U.) Durch die Annahme des Ultimatums sind die Vorbereitungen für den weiteren Vormarsch von französischen Truppen in das Ruhrgebiet bekanntlich eingestellt worden. Ueber die wichtige Frage, ob zu erwarten ist, daß die

Gebiete von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg von den interalliierten Truppen wieder geräumt werden, kann im Augenblick von den zuständigen Stellen nichts Bestimmtes gesagt werden. Die Befehlshaberbehörde ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Einquartierungslasten in den neu befreiten Gebieten, vor allem im Stadtkreis Düsseldorf, allmählich unerträglich geworden sind.

### Lloyd George befriedigt.

London, 11. Mai. (Reuter.) Lloyd George verlas im Unterhaus die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten, in der die Forderungen der Alliierten bezüglich der Reparationen, der Garantien, der Entwaffnung und des Verfahrens gegen die Kriegsgeschehungen bedingungslos angenommen werden. Lloyd George sagte, er habe sofort allen beteiligten Regierungen telegraphiert, und fügte hinzu: Dies ist die vollständige Annahme aller Forderungen. (Lauter, anhaltender Beifall.)

### Die 50-prozentige Abgabe bleibt.

London, 11. Mai. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage Bettmans, ob im Hinblick auf die Mitteilung Lloyd Georges von der Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung das deutsche Reparationsgesetz aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.

### Die erste Rate.

Paris, 11. Mai. (Havas.) In Voraussicht auf eine bedingungslose Annahme des Ultimatums hat die Reparationskommission sofort die Ausgabe der ersten Rate der deutschen Schuldverschreibung im Betrage von 12 Milliarden Goldmark vorbereitet. Die Papiere werden die Ueberschrift tragen: Schuld des deutschen Reichs. Der kleinste Abschnitt wird über 500 M. lauten. In den zuständigen Kreisen hat man den Eindruck, daß es nicht nötig sein wird, die Schuldverschreibung im ganzen auf den Markt zu werfen.

### Vorbereitungen zur Ausführung der Bestimmungen.

Paris, 12. Mai. (T. U.) Der Intransigent meldet: Der Vertreter Deutschlands in Paris wird ein Protokoll zur Ergänzung des Friedensvertrags zu unterzeichnen haben. General Nollet wird in Berlin eine Note überreichen, in der der deutschen Regierung aufgetragen wird, Kavallerie und Infanterie bis zum 31. Mai zu entlassen und das Flugwesen bis Ende Juli abzubauen. Die Interalliierte Kommission, die sich mit der Verteilung der Kriegsschuldigen beschäftigt, wird in Berlin einen neuen Schritt unternehmen, um ergänzende Ratsschlüsse für die Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig zu erstellen. Dieses soll seine Tätigkeit sofort aufnehmen. Die Reparationskommission wird einen Gesamtbericht über die Verfestungen Deutschlands gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrags verfassen. Die Reparationskommission soll neu organisiert werden. Die Kommission für die Rückzahlung in natura wird sehr erweitert. Bis zum Ende des Monats Mai wird die Reparationskommission die Garantiekommission einsetzen, die ihren Sitz in Paris haben wird. Ihre Kontrollen werden in ganz Deutschland unternommen, und in den wichtigsten Städten sollen Zentralen errichtet werden. Die Mitglieder der Kommission werden aus neutralen und alliierten Fachmännern bestehen.

### Kurswechsel in Frankreich?

Paris, 11. Mai. Henry Wallas stellt in der Chicago Tribune einen Wechsel in der Haltung der französischen öffentlichen Kreise zugunsten eines Aufschubs in der Befreiung des Ruhrgebiets fest. Auch die französischen Sachverständigen zweifeln auf Vorstellungen aus finanziellen und industriellen Kreisen hin an der Möglichkeit, die Kosten der Befreiung zu decken. Der nationale Block wolle nicht einsehen, warum Frankreich 133 000 Mann ins Ruhrgebiet schicken solle, um ungefähr das Doppelte dessen an Entschädigung zu erzielen, was England mit einem Bataillon Freiwilliger erreiche. Der Meinungsumschwung, der sich bis zum Minister Loucheur hinauf entwickelte, werde es dem Ministerpräsidenten Briand äußerst schwer machen, seine Politik des starken Mannes wahrzumachen. Man erwarte auf Grund dieser Entwicklung keinen Sturm.

### Ein neues Schutzollgesetz in England.

London, 11. Mai. Das Unterhaus hat mit 236 gegen 72 Stimmen die erste der Entschlüsse betreffend Schutz der Schlüsselindustrien angenommen, nämlich die Entschlüsse, die auf gewisse Einfuhrwaren Zölle und Abgaben von 33 1/2 Prozent legt. Das Unterhaus ging darauf zur Besprechung der zweiten Entschlüsse über, die sich mit Dumping und der Einfuhr aus Ländern mit niedriger Wälua befah.

England, das klassische Land des Freihandels, schreitet auf dem Wege zum Schutzollstaat rüstig vorwärts. Den Auftakt bildete das Gesetz zum Schutz der Farbstoffindustrie, es folgte die 50-prozentige Abgabe für deutsche Waren, die viel mehr aus wirtschaftlichen als aus politischen Ursachen beschlossen wurde — denn die englische Regierung scheint auch nach der Annahme des Ultimatums keine große Neigung zu haben, sie wieder aufzuheben — und nun als drittes Glied ein ausgesprochenes Hochschutzzollgesetz zum Schutz der — Schwerindustrie. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine willkommene Ausrede für diese Politik, daß aber die Krise durch sie nicht überwunden, sondern nur verewigt werden kann, ist nach all den traurigen Erfahrungen, die die Völker Europas seit dem Kriegsende mit der Absperrungspolitik gemacht haben, eine Binsenwahrheit.

### Welches Gesicht?

Die neue Regierung hat ihr Gesicht noch nicht gezeigt. Eine programmatische Erklärung liegt nicht vor und soll vor Pfingsten auch nicht mehr gegeben werden. Der Reichstag, der heute zum letztenmal vor dem Feste tagt, wird keine Programmrede des neuen Reichskanzlers mehr entgegennehmen. Das Kabinett hat vorerst mit der Sorge für die Durchführung des Ultimatums soviel zu tun, daß es sich außerstande erklärt, zumal es noch nicht vollständig ist, über seine sonstigen Ziele und Absichten Rechenschaft zu geben — vermutlich sind die Koalitionsparteien unter sich selbst über die Diagonale, auf die sie sich einigen werden, noch gar nicht im Klaren.

Man wird also abwarten müssen, bis sich das Gesicht des Kabinetts entschleierte. Aus den Neußerungen der Blätter der Koalitionsparteien läßt sich nämlich vorerst auch nur soviel entnehmen, daß über das Nächstliegende, eben über die Durchführung des Ultimatums hinaus, so gut wie noch nichts vereinbart ist. Dieses Kabinett ist in letzter Stunde gebildet worden, um eine Regierung für die Annahme des Ultimatums zustande zu bringen, zu weiteren Abmachungen war keine Zeit mehr, da die verantwortlichen Parteien mit ihren endgültigen Entschlüssen bis zur letzten Frist in der unverantwortlichsten Weise geögert hatten. Im letzten Augenblick mußte der Karren am Rande des Abgrundes angehalten und umgelenkt werden.

Wir haben es also in der Tat mit einem Notkabinett zu tun, wie der Vorwärts die neue Regierung ganz richtig genannt hat. Und es fragt sich nun, ob dieses Notkabinett eine nur vorübergehende Erscheinung sein soll, oder ob es zu einer bleibenden Regierung sich festigen wird. Dazu gehört natürlich ein Programm, das über die nächsten Tage und Wochen hinausreicht. Es geht nicht an, daß eine Regierung sich als einzigste Richtlinie die Durchführung der Ententebedingungen setzt. Das politische und soziale Leben steht nicht einen Tag still, und regieren heißt täglich, Handlung in diese Entwicklung eingreifen und entscheiden. Das Kabinett kann der Frage nach seinen weiteren Plänen nicht ausweichen, wenn es nicht seine Lebensberechtigung verneinen will. Es geht nicht an, wie der Vorwärts zu erklären, daß alles andre vor der Hauptaufgabe, die zerrüttenden Zwangsmassnahmen der Entente abzuwenden, zurücktreten, daß unter dieser Sorge Reformen und wirtschaftlicher Aufbau zurückstehen müßten, weil man alle Kraft auf den wichtigsten Punkt konzentrieren müsse. Denn gerade die Ausführung des Ultimatums wird die Frage der Reformen und des wirtschaftlichen Aufbaues in den Vordergrund rücken. Der bloße Wille einer Regierung, die Forderungen der Entente zu erfüllen, genügt nicht. Sie muß sich klar sein über die Wege, die zu diesem Ziele führen. Sie muß eine bestimmte Stellung einnehmen in den Streitfragen, die gerade die Durchführung des Ultimatums unter den Klaffen des deutschen Volkes aufwerfen wird. Wenn Deutschland die ungeheuren Lasten tragen soll, die ihm durch die Diktate der Sieger auferlegt wurden, dann wird es dazu nur imstande sein, wenn es durch eine Politik, die die Lasten unter den Klassen gerecht verteilt, die die Besiegten entsprechend der Tragfähigkeit ihrer Schultern heranzieht, dazu in den Stand gesetzt wird. Dem Reich müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden und es muß verhütet werden, daß die Arbeiterschaft der Verelendung ausgeliefert wird. Das bedingt eine bestimmte Richtung der Steuer-, der Sozial- und Ernährungs politik. Unter dem Druck der Verschuldung an die Entente werden die Gegensätze zwischen den Klassen vertieft werden, wird der Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich verschärfen. Die Regierung wird in diesen Kämpfen ihre Stellung wählen müssen.

Und schon die Durchführung der Entwaffnung stellt die Regierung vor Entscheidungen, die eine bestimmte Orientierung nach links oder rechts verlangen. Die Organe, die bayrischen Einwohnerwehren sind harte Tatsachen, die man nicht ohne festes Zupacken herumkommt, wenn das Opfer, das mit der Annahme des Ultimatums gebracht wird, nicht umsonst gewesen sein soll. Um all diese Fragen könnte die Regierung Wirth nur herumkommen, wenn sie in den nächsten Tagen — zurücktreten wollte, wenn sie ihre Aufgabe darin erschöpft sähe, die Unterchrift unter das Ultimatum zu setzen. Wenn nicht, so wird sie demnächst erklären müssen, wie sie sich die Ausgestaltung des Steuersystems denkt, wie sie versuchen will, die Produktivkraft der deutschen Wirtschaft zu heben, damit die Leistungen, die zur Erfüllung der Ententebedingungen notwendig sind, erreicht werden, ob sie die Arbeiterschaft für die große Aufgabe, die sie bei diesem Wert zu übernehmen hat, kräftigen will durch eine, auf ihre Bedürfnisse eingestellte Sozial- und Ernährungs politik. Sie wird erklären müssen, ob sie der wachsenden physischen und seelischen Verelendung des Proletariats steuern will, indem sie die Arbeitslosigkeit durch die Organisierung des Wohnungsbaues zu bekämpfen unternimmt, und indem sie durch die Sozialisierung der Kohlenbergwerke die Diktatur der Stinnes und Gefährten einzuschränken — mehr vorerst nicht — unternimmt. Sie wird erklären müssen, ob sie entschlossen brechen will mit der aufreißenden Unterdrückungspolitik, die sich den blödsinnigen Kommunismusputz zum Vorwand